Abonnementspreis
mit der Sonntags-Beilage „Nach der Arbeit" einschl. Bringerlohn 70 Pf., bei Selbstabholung in den Ausgabestellen 60 Pf. pro Monat. Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste 6369) pro Vierteljahr M. 2,50. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3 Mk., für das übrige Ausland 7 Mk. pro Vierteljahr.

Redaktion:
Zwingerstraße 22, part.
Sprechstunde
nur Wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Telephon: Amt I, Nr. 1769.

Telegramm-Adresse:
„Arbeiterzeitung Dresden".

Sächsische Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Inserate
werden die 6 gespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 15 Pf. berechnet und bei mindestens fünfmaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 10 Pf. Inserate müssen bis spätestens halb 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen.

Expedition:
Zwingerstraße 22, part.
Geschäftszeit von morgens 8 bis abends halb 8 Uhr.
Telephon: Amt I, Nr. 1769.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Nr. 269. | Dresden, Sonntag den 20. November 1898. | 9. Jahrgang.

Zur Philippinenfrage.

Dresden, 19. November.

= Das Schicksal der Philippinen ist besiegelt. Es fragt sich nur noch, in welcher diplomatischen Sauce sie dem Bruder Jonathan serviert werden sollen, dem beim Essen der Appetit gar mächtig gewachsen ist. Seitdem die Neuwahlen der annexionsfüsternen republikanischen Partei eine sichere, wenn auch etwas verringerte Mehrheit gegeben haben, kann Mac Kinley seinen weltpolitischen Plänen nachgehen. Die Vereinigten Staaten werden die Philippinen annektieren. Wer sollte sie daran hindern? England kann nur zufrieden sein, wenn es in Ostasien an den Vereinigten Staaten einen Bundesgenossen findet, und die Union muß zum Verbündeten der Engländer werden, weil sie damit den eigenen Interessen dient. Rußland macht, wie das letzte Telegramm über die Kundgebung seines amerikanischen Botschafters, Tassini, beweist, gute Miene zum bösen Spiel und die übrigen Mächte kommen kaum in Betracht. Die Union, die einen regelrechten Raubzug macht, sieht sich plötzlich von allen Seiten umworben von den übrigen Raubzüglern, weil keiner im stande ist, ihm die Beute streitig zu machen.

Welche Bedeutung hat nun diese Thatsache für die allgemeine Politik? Vor allem die, daß die Union als neuer Machtfaktor in Ostasien auftreten wird. Denn die Philippinen allein sind es nicht, deren Besitz die Bourgeoisie dieses Staates reizt; dieser Besitz, so wertvoll an sich die fruchtbaren Inseln als Ausbeutungsobjekt erscheinen, hat vor allem zur Folge, daß damit eine Stellung erobert ist, von der aus man seine Ansprüche auf den Raub, der auf dem Festlande bevorsteht, geltend machen kann. Die Union ist aber bei diesem Wettbewerb ein sehr gewichtiger Faktor.

Trotz der gewaltigen Krisen, von denen das Land so oft heimgesucht worden ist, ist die allgemeine Tendenz der Entwickelung des Kapitalismus hier eine derartige, daß man ruhig für die nächste Zeit eine enorme Entfaltung der Produktivkraft voraussagen kann. Vor allem hat dieser Riesenstaat unermeßliche natürliche Hilfskräfte, mit denen sich nur diejenigen Chinas und Rußlands vergleichen lassen. Während aber in Rußland die politische Organisation, der auf den stupidesten Bureaukratismus gestützte Absolutismus, die Entwickelung hemmt, während China nur durch gänzliche Zerstörung seiner politischen Institutionen zur Entwickelung seiner Kräfte gelangen kann, sind dieser Entwickelung in der demokratischen Republik alle Wege geebnet. Heute produziert dieses Land 10½ Millionen Ballen Baumwolle, dreimal so viel als die übrige Welt zusammen; es produziert ein Viertel des Getreides der Welt; es produziert 198 Millionen Tonnen Kohlen, während die Weltproduktion zusammen nur 600 Millionen Tonnen beträgt. Die Verkehrswege sind schon heute hoch entwickelt: die Länge der Eisenbahnstränge beträgt 182 000 Meilen, gegen 253 000 Meilen der übrigen Welt. — Die Kräfte, die hier vorhanden sind, waren nun aber bisher insofern nur latent, als die amerikanische Industrie lange nicht zu der Entfaltung gekommen ist, zu welcher sie kommen kann. Grund hierfür sind die immanenten Gesetze des Kapitalismus, der die vorhandenen Kräfte nicht dann ins Spiel setzt, wenn die Bedürfnisse der Menschen es erfordern, sondern nur dann, wenn der Profit hoch genug ist. Dieses überaus reiche entwickelungsfähige Land weist hunderttausende von Paupers auf und die große Masse des Volkes, das schaffende Proletariat befindet sich im allgemeinen in kaum besserer Lage als das Proletariat der alten Welt, es kämpft eben so schwer um die Hebung seiner Lage; streikenden Arbeitern wird mit Flintenschüssen geantwortet, ganz wie im autokratischen Rußland.

Nun bietet sich den amerikanischen Kapitalisten eine Gelegenheit, einen neuen Markt zu erschließen in Ostasien, einen Markt, auf dem riesige Profite winken, und mit Heißhunger stürzt sich die Bourgeoisie auf diese Gelegenheit. Sie wird die Hilfskräfte des Landes dazu verwenden, sich einen Teil des Raubes an China zu sichern; die amerikanische Bourgeoisie wird dafür sorgen, daß Europa nicht allein das alte Asien abweidet, sondern daß Amerika seinen Anteil erhält. So stehen sich denn jetzt nach einem Worte des Genossen Jaurès nicht mehr Länder gegenüber, sondern Erdteile in dem Kampfe um hohe Profite. Und in diesem Kampfe dürfte Amerika dank seiner geschilderten materiellen Macht einen weiten Vorsprung erreichen.

Für die sozialen Kämpfe bedeutet nun dieses gewaltige Ringen, daß sich im fernen Osten eine neue Verschärfung vorbereitet. Der Kapitalismus schafft sich, um den Krisen in Amerika und Europa zu entgehen, einen Markt in Asien. Wird ihn das retten? Nein! Die Worte des kommunistischen Manifestes bleiben richtig: „Wodurch überwindet die Bourgeoisie die Krisen? Einerseits durch die erzwungene Vernichtung einer Masse von Produktivkräften; andererseits durch die Eroberung neuer Märkte und die gründlichere Ausbeutung alter Märkte. Wodurch also? Dadurch, daß sie allseitigere und gewaltigere Krisen vorbereitet und die Mittel, den Krisen vorzubeugen, vermindert." — Das trifft auch hier zu. Die Krisen, die über Europa und Amerika nach der Erschließung Asiens hereinbrechen werden, werden alles übertreffen, was wir bis jetzt erlebt haben; wo Nationen im Wettbewerb standen, stehen Erdteile im Wettbewerb, und wo Krisen über einzelne Länder sich erstreckten, werden sie sich über die Welt erstrecken. Diese Krisen aber werden das Proletariat noch mehr zusammenschmieden zu einer mächtigen revolutionären Phalanx, sie werden die Notwendigkeit der internationalen Solidarität dem letzten Proletarier einpauken, sie werden dem revolutionären Temperament zum Durchbruch verhelfen.

Und sonderbar: gerade in der Zeit, in welcher Kurzsichtige die Sozialdemokratie auf den Weg der Kompromißlerei mit der kapitalistischen Gesellschaft und dem kapitalistischen Staat verweisen, gerade da man mit der Behauptung auftritt, man könne Volksrechte gegen Kanonen austauschen, tritt ein zweifellos demokratischer Staat in die Fußtapfen der Raubzügler, zum Beweise, daß die Natur des Kapitalismus sich gleich bleibt in der demokratischen Union wie im absolutistischen Rußland.

Was helfen jetzt den amerikanischen Arbeitern die erworbenen Volksrechte, wenn trotzdem die Kräfte, die sie entfesselt, die materiellen Mittel, die sie geschaffen, dazu angewendet werden, um sie selbst, diese amerikanischen Arbeiter, desto gründlicher auszubeuten? Denn darüber kann doch kein Zweifel bestehen: den amerikanischen Arbeitern bringt die Erwerbung der Philippinen genau dasselbe, was den deutschen Arbeitern die Erwerbung des „Dreckloches" Kiautschau gebracht hat, nämlich eine Erhöhung der Steuerlast, eine Stärkung des „Marinismus".

Die Philippinen sind allerdings an sich unvergleichlich wertvoller, die Rechnung wird demgemäß eine höhere sein, und bezahlen werden sie dort wie hier die Steuerzahler, die Arbeiter. Uns soll Kiautschau vom nächsten Jahre ab 8 Millionen kosten, und der Besitz dieses schönen Ortes wird zu einem neuen Vorwande, dem deutschen Volke eine ganz gehörige Anzahl von Millionen abzuknöpfen für Kriegsschiffe, die diesen Besitz schützen sollen. Die Philippinen kosteten den Spaniern jährlich gegen 20 Millionen Mark, die das Volk zahlte; sie werden den Amerikanern bedeutend teuerer zu stehen kommen, weil zweifellos dort Kriegshäfen errichtet und Eisenbahnbauten ins Leben gerufen werden, bei denen der Staat die Zinsen garantiert und Steuerzahler sie aufbringen usw. Der Unterschied ist, daß die dem spanischen Volke auferlegten Lasten dazu dienten, ein Häuflein skrupelloser Beamten und Priester zu mästen, während die Groschen der amerikanischen Proletarier dazu dienen werden, eine Handvoll unternehmender Spekulanten zu bereichern, die auf den Inseln Geschäfte machen werden. Und dann kommt die Hauptrechnung: das Marinebudget der Vereinigten Staaten betrug vor dem Kriege 145 Millionen Mark. Um die Philippinen zu behaupten, werden an die hundert Millionen für neue Schiffe nötig sein und das jährliche Marinebudget wird sicher bald 200 Millionen überschritten haben. Abermals eine verlockende Aussicht für die Unternehmer, die bei den Lieferungen ihren Rebbach machen werden, aber wenig verlockend für die Arbeiter.

Man sieht, die Amerikaner haben einen demokratischen Staat, sie brauchen für ihre Volksrechte nichts mehr herzugeben, aber man weiß es ihnen doch zu nehmen, und der demokratische Staat besorgt die Interessen der Bourgeoisie und tritt die Interessen der Arbeiter ebenso mit Füßen, wie andere Staaten auch. Daraus die bündige Lehre: unsere Aufgabe ist es, dem modernen Staate ein Recht nach dem anderen abzuringen, um ihn selbst je eher je lieber zu einem sozialistischen Gemeinwesen umzugestalten, weil, wie das Beispiel des amerikanischen Raubzuges zeigt, dieser Staat aus seiner kapitalistische Haut nicht heraus kann. Das Endziel ist, den Raub unmöglich zu machen, den der Bourgeois täglich am Proletarier vollzieht, wie die Raubzüge, die der Bourgeois heute unternimmt, um die Profite zu steigern und die Ausbeutung auszudehnen. Deshalb wollen wir eine Bewegung, die sicher und geradewegs uns diesem Endziel zuführt.

Sozialdemokratisches Rajahtum.

Wenn wir die abgeschmackten Mittel Revue passieren lassen, mit denen unsere Gegner hoffen, die Sozialdemokratie bis zum letzten Stumpf ausrotten zu können, überkommt uns ein gewisses Mitleid. Wie groß muß die Angst vor der stetig anschwellenden proletarischen Emanzipationsbewegung sein, daß sie selbst den sonst mit leidlichen Verstandesgaben ausgerüsteten Leuten die Sinne derart verwirren kann! Die verbrauchtesten, abgestandensten Zwangsmittel, die schon in weit hinter unseren Kulturzuständen zurückliegenden Epochen kläglich Fiasko gemacht haben, werden heute noch von den approbierten Stützen von Staat und Gesellschaft als untrügliche Heilmittel gegen den sogenannten Umsturz auf dem politischen Markte ausgeschrien. Auch der greise Fürst Bismarck hat sich bekanntlich in den Mußestunden seiner Sachsenwälder Nörgelperiode mit der Ausklügelung solcher Charlatanerien vergnügt und sie dann in den „Hamburger Nachrichten" abgelagert. Wir gönnten dem alten Manne diese Spielereien von Herzen gerne; haben sie doch auch uns selbst manche heitere Stunde bereitet.

Jetzt feiern jene abgestandenen Scherze in dem letzten Bande von Penzlers Bismarckbiographie*), bei der der Redakteur Hofmann von den „Hamburger Nachrichten" mitgewirkt hat, ihre Auferstehung. Man brauchte sich nicht weiter mit ihnen zu befassen, wenn nicht die „Kreuzzeitung", das Organ der kleinen, aber mächtigen Junkerpartei, das eigene mittelalterliche Waffenarsenal durch so ein verrostetes Bismarckschwert vervollständigt hätte. Da man nach einem alten Sprichwort sogar den lebendigen Kropatscheck ernsthafter zu nehmen hat, als den toten Bismarck, müssen wir jenes morsche Gewaff unter den sozialdemokratischen Hammer nehmen. Schreibt nämlich da der Professor im Junkertroß über die Penzler-Hoffmannschen Mitteilungen:

„Darunter findet sich jetzt ein Vorschlag zu Maßregeln der Verwaltung gegenüber der Sozialdemokratie, welcher als Grundlage für spätere gesetzgeberische Akte in Erinnerung gebracht zu werden verdient. Es ist ja bekannt, daß Fürst Bismarck sein Nachdenken so vielfach der Abwendung der Gefahren der Sozialdemokratie, Anarchie und alles dessen, was damit zusammenhängt, zugewendet hat. In diesen letzten Jahren scheint er ein System erbaut zu haben, welches jedenfalls erörtert zu werden verdient. Er hält dafür, daß man auf die ungezwungenste Weise dem Uebel Einhalt thun könnte, wenn man nach dem Grundsatze verführe: „Wer nicht will deichen, der muß weichen." Ein solcher, meint er, sollte auch keinen Anteil an dem Schutze haben, den die Deiche gewähren. „Die staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen sind die Deiche, durch welche die menschliche Gesellschaft gegen die Ueberflutung durch den Krieg aller gegen alle sich schützt und wer daran nicht mitarbeiten will, wer erklärt, daß er nur auf den Einbruch der Flut wartet, die die Deiche zerbricht, der soll auch bei ihnen nicht mitwirken." Zur Erreichung dieses Zweckes sollen Listen angefertigt werden, welche lediglich den Zweck hätten, diejenigen, die sich zum Anarchismus und zur Sozialdemokratie bekennen wollen, festzustellen. Sie würden sich dadurch gleichsam selbst von der Mitarbeit an der Staatsgesetzgebung ausschließen, und es würde ihnen dann das Wahlrecht — es ist wahrscheinlich das passive gemeint — einfach entzogen, ohne daß ihnen dadurch ein anderer Nachteil zugefügt zu sein brauchte. „Dabei — schließt Bismarck — ist keine Art von Gewalt oder Blutvergießen nötig; man kann ruhig nebeneinander leben." Erscheint auch diese Idee auf den ersten Blick etwas unausführbar, so muß man doch zugeben, daß ähnliches ja in den mannigfachsten Staaten bestanden hat und zum Teil noch besteht. Es verhält sich damit genau so, wie sich die englische Verfassung bis zum Jahre 1829 gegenüber den Katholiken verhalten hat. Und in der That hat ja das sozialdemokratische Wesen auch eine Art von konfessionellem Charakter an sich. Fürst Bismarck bemerkte, er wolle den Gedanken nur versuchsweise zur Sprache gebracht haben, er sei aber überzeugt, daß man vor einer Alternative stände, „entweder werde es in irgend einer Zukunft einen sozialdemokratisch regierten Staat geben müssen, oder einen Staat, in dem die Einwohner, die sich als Sozialdemokraten amtlich bekennen, kein Recht zur staatlichen Mitarbeit haben."

Kein übler Plan, nicht wahr? Schwarze Listen werden amtlich angelegt. Jeder Umstürzler, der durch Gunst der Polizei oder des Unternehmertums darauf Platz gefunden hat, ist damit des Wahlrechts verlustig. Nur des passiven obendrein, wie der gute Kropatscheck mit milderender Hand hinzufügt. Kein Sozialdemokrat kann in den Reichstag gewählt werden, um dort den groben Unfug der Mitarbeit an der Reichsgesetzgebung auszuüben. Und die Sozialdemokraten sind noch nicht einmal des aktiven Wahlrechts beraubt. Sie können ja Mitglieder anderer Parteien zu Vertretern wählen, konservative oder liberale, den Kropatscheck, den Kardorff, den Knörcke — Herz, was willst Du noch mehr!

Sogar historische Präzedenzfälle bringt der Federführer der vorzugsweise historischen Partei für das aufgewärmte Bismarckrezept herbei. Bis vor 60 Jahren war ein ähnlicher Rechtszustand für Katholiken vorgesehen. Da Deutschland um etwa 50 Jahre hinter England, und unsere Junker um etwa 150 Jahre hinter der modernen Kultur überhaupt zurückgeblieben sind, ist der Vorschlag also durchaus zeitgemäß.

Aber weshalb in die historische Ferne schweifen auf der Suche nach Beweisen? Das Gute liegt uns doch so nahe in der Gegenwart. Was der selige Bismarck vorgeschlagen hat, was der seelensgute Kropatscheck vorschlägt, kommt darauf hinaus, die Sozialdemokratie auf einen ähnlichen Rechtszustand hinabzudrücken, wie ihn die Rajahs, die „Christenhunde" in der rechtgläubigen mohammedanischen Türkei, einnehmen. Der christliche Unterthan gilt dort auch nicht als vollbürtiger und gleichberechtigter Staatsangehöriger. Erst wenn er zur Staatsreligion übertritt, wird er Ottomane voll und ganz. Herr Kropatscheck will ja auch dem sündigen Sozialdemokraten nicht die Möglichkeit versperren, sich durch Anschluß an eine bürgerliche Partei die volle Gleichberechtigung zu verschaffen.

Nur ein wesentlicher Unterschied ist zwischen dem Rajahrecht in der Türkei und dem geplanten Kropatscheck-Gesetz. Der türkische Rajah brauchte auch nicht Soldat zu werden. Daß Herr Kropatscheck den Sozialdemokraten mit den Rechten auch der Pflichten entbinden will, davon ist nichts in der „Kreuzzeitung" zu lesen. Also, wie ist's darum?

Wir können indes mittlerweile Herrn Kropatscheck die Versicherung erteilen, daß der Plan, die Sozialdemokratie zu reichsdeutschen Rajahs zu machen, an der Sozialdemokratie scheitern wird, auch wenn die Kreuzritter bei ihrem Ausfall den toten Bismarck auf das Roß binden. Er hat uns im Leben keinen Schrecken eingejagt und wird es auch tot nicht thun.

*) Leben und Politik des Fürsten seit seinem Scheiden aus dem Amte . . . . von Johs. Penzler. Siebenter, Schlußband (1. Januar 1896 bis 2. August 1898). Leipzig, Fiedler, 1898.

Politische Uebersicht.

Die preußische Ausweisungspolitik ruft bereits allenthalben Mißbilligung und lebhafte Proteste im Auslande hervor. Die Londoner „Times" beschäftigen sich in einem Artikel mit der Angelegenheit und kommen zu dem Schlusse, daß der leitende Gedanke bei dieser Politik nur der sein könne, durch kleine Maßregeln Unzufriedenheit zu erregen, deren Geltendmachung dann größere Unterdrückungsmaßregeln rechtfertigten. Sie nennen diese Politik „nicht würdig".

Besonders groß ist die Erregung in Dänemark. Im Parlament ist bereits eine Interpellation in der Frage eingebracht worden und die Regierung beschäftigt sich eingehend damit, gedenkt auch diplomatische Vorstellungen in Berlin zu machen.

Am Donnerstag wurden in Kopenhagen 5 große Protestversammlungen veranstaltet, die von vielen Tausenden besucht waren. Man bezeichnete die Ausweisungen, die fast nur harmlose

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-18981120/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG